

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum **Sonntabend** jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: **Montag vormittag 10 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet

Internationaler Gewerkschafts-Kongress.

Der diesjährige Kongress hatte seine besondere Bedeutung und demgemäß auch sein Gepräge durch die besonderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unter denen er tagte: Bogen bei dem im November 1920 in London stattgefundenen Tagung erst leise am Horizont dunkle Wolken als Vorboten einer großen, drohenden Gefahr auf, so hat sich inzwischen das ganze Ungebetete auf die Welt, und insbesondere auf Europa, auf das europäische Proletariat entladen. Der Katastrophe des Krieges folgte die für die Arbeiterklasse nicht minder verhängnisvolle furchtbare Weltwirtschaftskrise. Das Fiasko des Friedensvertrages und damit auch das Fiasko des kapitalistischen Wirtschafts- und Verwaltungsregimes ist offenbar geworden; gleichzeitig aber hat sich gegenüber der durch die Krise und Arbeitslosigkeit in die Verteidigung gedrängten Arbeiterklasse die Reaktion wieder mächtiger erhoben; eine neue Lehre der Geschichte, daß eine allzu große Vererbung keineswegs dazu geeignet ist, das revolutionäre Bewußtsein und die Widerstandskraft der Ausgebeuteten zu stärken.

Auch die Bourgeoisie der Sieger- und der Besiegtenstaaten sieht sich gezwungen, den Versuch zu einer Wiederherstellung des durch ihre eigenen Methoden gestörten wirtschaftlichen Gleichgewichts zu unternehmen. Wer jedoch die herrschende Weltkrise als eine Krise des Kapitalismus selbst erkannt hat, und diese Erkenntnis war auf der Romtagung allgemein, der wird keine allzu großen Hoffnungen auf die Ergebnisse der Konferenz der Regierungen setzen. Und darum hat der Weltkongress der Arbeit in richtiger Erkenntnis gehandelt, als er selbständig zu den von der Genuefer Konferenz aufgeworfenen Problemen Stellung nahm und dabei vor allem seine Pflicht darin erblickte, gerade über die Punkte vor den Augen und Ohren der Welt zu diskutieren und zu beschließen, die die Regierungen von der Tagesordnung ihrer Konferenz gestrichen und die doch die Grundlage der von allen Völkern sehnsüchtig herbeigewünschten Gesundung Europas und für einen wahren Völkerverfrieden bilden: Das System der Friedensverträge und den Kampf gegen den Krieg!

Die Arbeiterklasse der Welt hat klar und deutlich den Weg zu einer Sanierung der Wirtschaft gewiesen; aber zugleich wurde auch auf dem Kongress zum Ausdruck gebracht, daß man sich keiner Täuschung darüber hingibt, daß die Regierungen weder gewillt noch als Kapitalvertreter in der Lage sind, diesen Forderungen der Vernunft gerecht zu werden. Dies gilt nicht nur für die Lösung der Wirtschaftskrise, sondern in noch stärkerem Maße für die Herstellung eines Dauerfriedens. Neue Kriegsgeschichten tauchen auf, bedrohen die Menschheit und Kultur mit Vernichtung. Allein die Arbeiterklasse der Welt ist in der Lage, durch ihren festen Willen, ihre geschlossene Bereitschaft zu Kampf und Opfern die Menschheit vor völliger Zerrüttung zu bewahren.

Diesen Kampf zu führen, auch heute bereits die Vorbereitungen dazu zu treffen, war eine der wichtigsten Entschlüsse der Tagung. Damit ist aber nur der erste Schritt getan; der nächste, ungleich wichtigere besteht darin, unverzüglich damit zu beginnen, den Geist wahrhafter Internationalität ohne Unterlass bei den Massen zu wecken und zu vertiefen. Da ist in allen Ländern noch ein schweres Stück Arbeit zu leisten. Beginne jeder bei sich selbst, den Geist internationaler Gemeinschaft über das nationale Interesse zu stellen. Dann erst wird dem Wuch haben der Entschlüsse lebendige, unbesiegbare Kraft verliehen werden.

Auch in der Vergangenheit hatten wir Kongresse der Sozialisten, die sich gegen Krieg und Imperialismus aussprachen. Es ist nicht der Versuch gemacht worden, diese Verschlüsse zur Tat werden zu lassen. Doch heute liegen die harten Lehren der Vergangenheit vor, und die Delegierten des Kongresses von Rom waren sich bewußt, welche

Verantwortung sie vor der Welt und insbesondere dem Proletariat ihres eigenen Landes gegenüber übernahmen, als sie durch Annahme der Entschlüsse sich zum Kampf verpflichteten. Darum war es auch erfreulich, daß, entgegen der Gepflogenheit früherer Arbeiterkongresse, ein Anfang damit gemacht wurde, auszusprechen was ist, ohne Schonung etwaiger Gefühle auf der einen oder anderen Seite, und in eine ernste Prüfung der für die Durchführung der Beschlüsse notwendigen tatsächlichen Verhältnisse einzutreten.

Kein Zweifel, daß in allen Ländern noch ein sehr großes Stück Arbeit geleistet werden muß. Der Kongress konnte nur die Marschroute angeben und hat dies getan, an uns ist es nun, beginnend an uns selbst und in unserm Lande, durch das eigene Ringen den besten Ansporn für die geistige Umstellung und den daraus folgenden Aktionswillen der Arbeiter aller Länder zu geben. Nur durch solche ernste Pflichterfüllung sichern wir dem kostbaren Instrument aller Ausgebeuteten, der einzigen umfassenden Internationale des Proletariats, das Vertrauen aller arbeitenden, ausgebeuteten Massen — und den Respekt der Gegner.

*

Auf dem Kongress waren außer den Delegierten der angeschlossenen Landeszentralen auch die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate anwesend, damit zum Ausdruck bringend den festen Willen, für die Durchführung der zu fassenden Beschlüsse auch die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, die Internationalität durch entsprechendes Handeln zur Auswirkung zu bringen.

Dieser Geist proletarischer Internationalität atmete bereits die Eröffnungssitzung, in der zunächst in **Tragona** die Grüße der italienischen Arbeiterklasse überbracht. In markanter Weise stellte er die beiden Tagungen in Genua und Rom einander gegenüber und folgte daraus die Pflicht der Arbeiterkonferenz, die von der Regierungskonferenz aus der Tagesordnung ausgeschlossenen Punkte zu behandeln, besonders den der Entnazifizierung. **Tragona** legte Wert darauf, zu unterstreichen, daß, während in Genua alle Vertretungen nationale Interessen in den Vordergrund treten lassen, auf dieser Arbeitertagung wahrhaft internationaler Geist zum Ausdruck gebracht werde, dessen Veltätigung das italienische Proletariat stets so aufgeführt habe, daß es in erster Linie die Bourgeoisie und Regierung des eigenen Landes bekämpfte.

Namens des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes begrüßte **Thomas**, England, die Delegierten der 24 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch er wies auf den historischen Moment der Tagung hin, dabei die Notwendigkeit betonend, von der Vergangenheit loszukommen, die nur Not und Elend über die Völker brachte, der beste Beweis, daß die heutige Weltwirtschaftsordnung nicht mehr instand sei, die Welt zu retten. Veträge doch heute die Zahl der stehenden Heere eine Million Mannschaften mehr als in der Vorkriegszeit. Trotz des großen Mangels an Waren sind über 10 Millionen Arbeitsloser vorhanden, die nach Arbeit rufen und denen das Recht auf Arbeit verweigert wird. Keine Nation könne unabhängig von der anderen bestehen. Wohl habe jedes Land seine Militaristen und Nationalisten; aber die Proletarier aller Länder erkennen immer mehr, daß die Folgen des Krieges doch schließlich stets auf Proletarier abgemacht werden, die der Besiegten wie auch der Siegerstaaten. Die Erkenntnis gemeinsamen Schicksals binde trotz der Sprachverschiedenheiten alle durch das Band gemeinsamer Bestimmung eng aneinander. Betonend, daß dieser größte internationale Arbeiterkongress, der je zusammengetreten, der einzige ist, der im Namen einer einzigen internationalen Bewegung das Wort ergreifen könne, wünschte er, daß es gelingen möge, praktische, aufbauende Arbeit zu leisten und neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu wecken.

Im zweiten Tage eröffnete die Aussprache über den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht **Tarnow**, Deutschland, der den ungenügenden Erfolg im Vohott gegen Ungarn auf organisatorische Mängel zurückführte. Auch bei der Diskussion für die ausgeperrte dänische Arbeiterklasse habe die Organisation des Amsterdamer Bureau nicht prompt genug gearbeitet, da erst 14 Tage nach Eingang eines Antikages auf Einleitung der Aktion eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattfand. Die deutsche Delegation wünsche in Zukunft bei solchen Gelegenheiten ein inigeres Zusammenarbeiten, spreche aber allgemein dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes für seine umfangreiche Tätigkeit die volle Anerkennung aus.

Zuletzt, Polen, erkennt prinzipiell den Vohott gegen einzelne kriegsführende Regierungen als geeignete Waffe an, beschränkt sich aber darüber, daß der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1920 ohne vorherige Zustimmung

mit den polnischen Gewerkschaften den Vohott verhängte; letztere haben stets den Militarismus bekämpft, aber im August 1920 habe es sich um die Verteilung der Unabhängigkeit Polens gegen Rußland gehandelt, dem das Schicksal Georgiens und der Ukraine droht habe.

Mores, Belfand, Bulgien, Jugoslawien, und Bastero, Spanien, sprechen dem Internationalen Gewerkschaftsbund den Dank für die den Arbeitern ihrer Länder geleistete Hilfe aus. **Durr**, Schweiz, wünscht Aufschluß, ob tatsächlich zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der roten Gewerkschaftsinternationale Verhandlungen geführt werden sollen. **Dumoulin**, Frankreich, gibt für seine Delegation eine Erklärung ab, in der die Erfolge des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewürdigt werden. Der Erfolg habe sich in der Stärkung des Solidaritätsgebändens aller Völker ausgemirft. Die Veranstaltung der oberflächlichen Enquete, die Annäherung der deutschen und französischen Arbeiter zum Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete legen davon Zeugnis ab. Die Tatsache, daß deutsche, belgische und französische Arbeiter auf diesem Kongress sich wieder kameradschaftlich begegnen, zeige gleichfalls die erfolgreiche Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die um so höher einzuschätzen sei, als sie von rechts und links aus bekämpft worden ist.

Shaw, Textilarbeitersekretariat, wünscht eine exaktere Kompetenzabgrenzung zwischen Internationalem Gewerkschaftsbund und Internationalen Berufssekretariaten. **Tragona**, Italien, polemisiert gegen den polnischen Redner. Der italienische Gewerkschaftsbund habe den Internationalen Gewerkschaftsbund im Kampf gegen den Faschismus in Anspruch genommen, durch den täglich Gewerkschaftsangehörigen ermordet, Gewerkschaftshäuser zerstört worden sind. In Italien befinden sich die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften und suchen dort Mißtrauen und Uneinigkeit zu säen.

In seinem Schlusswort erweiterte der Sekretär **Fimmen**, bezüglich der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Internationalem Gewerkschaftsbund und den Internationalen Berufssekretariaten liege eine Regelung zurzeit noch nicht vor; sie solle auf der anschließenden Konferenz der Berufssekretariate geklärt werden. Ferner teilt Fimmen mit, daß noch in diesem Jahre ein internationales Lehrerschiff abgegründet werden soll. Der Vohott gegen Ungarn sei keineswegs ein Mißerfolg, wenn auch nur ein Teilerfolg erzielt worden sei. Aber dank dem Vohott habe sich die Lage der ungarischen Arbeiterklasse doch etwas gebessert. Bedauerlich sei vor allem gewesen, daß zum erstenmal in der Geschichte das Proletariat es gewagt habe, eine internationale Aktion gegen eine bürgerliche Regierung durchzuführen. Er tritt sodann den Ausführungen des polnischen Redners entgegen und unterstreicht, daß das Eingreifen des internationalen Proletariats gegen Polen in dem Moment erfolgte, als ein Weltkrieg drohte. Wie wenig man den Versicherungen auch der polnischen Regierung trauen könne, sei dadurch bewiesen, daß Polen nach Friedensschluß sich große nichtpolnische Gebiets- und Volksanteile angeeignet habe. Dürs Darstellung der Verhandlungen mit **De Bian** sei nicht zutreffend. Das Bureau habe lediglich der Anregung der angeschlossenen norwegischen Organisation zur Herbeiführung einer Aussprache über die internationale Einheitsfront stattgegeben und sich zur Besprechung mit den wirklichen Vertretern der russischen Gewerkschaften bereit erklärt. Verhandlungen mit der roten Gewerkschaftsinternationale, die in Wirklichkeit gar nicht bestöhe, aber abgelehnt. Dankend für den kameradschaftlichen Geist der Kritik, weist er zum Schluß auf die trotz aller Anfeindungen von rechts und links erfolgte Erstarkung der Amsterdamer Internationale hin, worauf der Geschäftsbericht und nach kurzer Aussprache auch der Kasinenbericht einstimmig angenommen werden.

Der dritte Tag begann mit einem Rezitat von **Zouhaug**, Frankreich, über den Wiederaufbau Europas. Das Elend hat heute in gleicher Weise die Arbeitenden in besiegten wie Siegerstaaten erfasst, ja die Arbeitslosigkeit ist sogar teilweise in den Siegerstaaten noch größer, weil der tiefe Währungsstand der besiegten Staaten zusammen mit der gesunkenen Kaufkraft den Export unmöglich macht. Diese Lage wurde besonders dadurch herbeigeführt, daß der wirtschaftliche Nationalismus immer noch Grundfah der Regierungen ist und alle Länder an den Abgrund geführt hat. In Genua finde sich alles zusammen, was das Finanzkapital an großen Repräsentanten hat; es muß daher geachtet werden, daß Genua nicht zum Ausgangspunkt einer noch stärkeren Hegemonie des Finanzkapitals wird. Wie früher die Frage der Kohle die Politik der Regierungen bestimmte, so droht es heute die Frage des Petroleum zu werden und aus diesem Konkurrenzkampf ein neuer Weltbrand zu entstehen. Alle nationalen und Sonderinteressen haben gegenüber dem Allgemeininteresse aller Völker zurückzutreten, der Friede der Welt muß auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Völker begründet sein. Es darf nicht mehr geschehen, daß einzelne Völker im Übermaß existieren, während andere an Mangel zu Grunde gehen. Zouhaug fordert eine vollständige Revision der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, Verhandlungen und Verträge dürften künftig nicht

mehr hinter den Kulissen getätigt werden, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter aller Länder. Die Wälder müssen in Zukunft ihre Diktatur ausüben im Namen des Allgemeininteresses und im Gegensatz zur herrschenden Diktatur der kleinen Gruppe des Finanzkapitals.

Als erster Diskussionsredner erlärte Leipzig, Deutschland, sein volles Einverständnis mit des Redners Ausführungen. Die von der Entente betriebene Politik der Wälder und des Hafes treffe nicht nur die deutschen, sondern die Arbeiter aller Länder. Der zum Teil auch im ausländischen Proletariat verbreitete Glaube, daß in Deutschland, im Gegensatz zu der in den andern Ländern herrschenden Arbeitslosigkeit, Wohlstand bestehe, sei falsch. Nur eine ganz kleine Oberschicht könne in Luxus leben, die deutschen Arbeiter aber seien absolut verelendet. Auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sei eine beschränkte, zum Kohlenmangel trete die Schwierigkeit der Beschaffung ausländischer Rohstoffe zu hohen Preisen, die mit deutschem Export bezahlt werden müsse, die deutsche Handelsbilanz aber weise eine starke Passivität auf. Er besagte, daß durch das Vemeinens-Abkommen die Mitwirkung der deutschen Arbeiter bei der Sachlieferung ausgeschlossen sei, sowie die Vergebung der deutschen Zahlungen für die Kontrollkommissionen und das Besatzungsheer, während die Geschädigten immer noch warten müssen.

Turner, England, führt aus, daß der Krieg die Periode des kapitalistischen Systems beendet habe, darum müssen wir den Weg des Wiederaufbaues nach unsern Grundsätzen zeigen. Indefesen sei ohne Amerika kein durchgreifendes Ergebnis möglich. Der Kongreß müsse beweisen, daß auch die Anwesenden jeden nationalistischen und alten Kriegesgeist beseitigen haben. Solange Rußland und Deutschland außerhalb der europäischen Wirtschaft gestellt sind, sei es unmöglich, die Weltwirtschaft zu bessern. Wenn auch heute das Kapital überall im Gegensatz zur Macht der Gewerkschaften erparke zu sein scheine, so wird doch anderwärts das internationale Vorgehen des Kapitals dazu beitragen, die Gewerkschaften stärker und einiger denn je wieder zusammenzuführen.

Nachdem Buozzi, Italien, ein Bild der besonders schwierigen Lage des volksharmen Italiens entworfen, dabei die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierung betonend, eine gerechte Lösung zu finden, und Madse, Dänemark, die zum Teil durch die Reparationspolitik verschuldet ungeheure Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern geschildert, gelangt eine Entschiedenheit zur Annahme, die zur Behebung der Krise die solidarische Aktion aller Nationen, Annullierung aller Kriegsschulden, eine internationale Anleihe, eine Revision der Reparationsbestimmungen auf der Grundlage ihrer internationalen Regelung unter Verzicht auf die Summen für Kriegskosten, militärische Besetzung und Sanktionen, internationale Verteilung der Rohstoffe und Frachtenregelung, Befreiung der Schutzpolizei, die Abrüstung Europas gefordert und dem wirtschaftlichen Imperialismus der Kampf angelegt wird.

Man nahm jedoch die Aussprache über die von Vorstand und Bureau eingebrachten Anträge vor. Die vorgeschlagenen Keinen Statutenänderungen werden angenommen.

Zu Punkt 3 hat das Bureau den Anschließ des in Washington beziehungsweise Genf anlässlich der Konferenz des internationalen Arbeitssamtes gebildeten Arbeiterinnenbundes an den Internationalen Gewerkschaftsbund vorgeschlagen. Dagegen wendet sich Gertrud Sanna, Deutschland, weil dadurch die weiblichen Mitglieder unserer gewerkschaftlichen Organisationen zwangsweise einer internationalen Frauenorganisation zugeführt werden. Außerdem wisse man gar nicht, auf welchem Boden ein Teil der fraglichen Frauenorganisationen stehe, die teilweise ihren Landeszentralen nicht angegeschlossen seien. Das Bestehen einer besonderen, mit Beschlußrecht ausgestatteten internationalen Frauenorganisation könne leicht zu Kollisionen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund führen. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hätte besser getan, seinem im Mai vorigen Jahres gefassten Beschluß auf Nichtbescheidung des Frauenkongresses treu zu bleiben. Dagegen, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, verteidigt den Vorschlag des Bureau damit, daß eine Spaltung darin nicht eintreten werde könne. Durch das Mitwirken des Internationalen Gewerkschaftsbundes sei es gelungen, den Arbeiterinnenbund in gewerkschaftliches Fahrwasser zu bringen. (Schluß folgt.)

Hochhäuser.

Der Artikel „Hochhäuser“ haben wir der Nr. 8 der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnommen.

Das Volk leidet unter den Lasten des Tages, aber die Architekten — träumen! Sie bauen hohe Türme. Der Gedanke der Höhe und Turmbau hat sie erfaßt. Wie sie ehemals Bismarktürme entwarfen und bauten, so wachsen heute die Geschäftsbau- und Bureauhäuser in der Form von Turmbauten gen Himmel, allerdings in einen Himmel von Papier.

Ein seltsames Mähdähen — unsere Architekten! Sie folgen zwangsläufig einem tragischen Schicksal. Sie, die berufenen Vermittler zwischen harter Wirklichkeit und feinerer Kunst, sie, die als Zeichner und Konstrukteure in der Sphäre des Real-Praktischen und die als Künstler in der Sphäre des Kulturellen tätig sind, werden heute zur Anwartschaft, zum Träumen verurteilt. Ein soziologischer Prozeß von historischer Bedeutung spielt sich in dem Berufsstand der Architekten vor unsern Augen ab. Die Berufsleute der Architekten wird gespalten. Die Zeichner und Konstrukteure, die Künstler jenseits aller Wirklichkeiten.

Der Wirtschaftler, der Zeichner und Konstrukteur muß sich sagen, daß Turmbau in Deutschland eine wirtschaftliche Unmöglichkeit darstellt.

Hochhäuser entstanden in Amerika auf der Halbinsel Manhattan, wo der Baugrund unermesslich war, wo Hochfirmen gezwungen wurden, bei steigender Ausdehnung ihrer Geschäfte in den Luftraum hinaus zu bauen. Haben wir heute in irgendeiner Großstadt einen nicht erfüllbaren Mangel an Bauboden? Wir haben eine Raumnot, aber keine Bodennot, die uns zwingen könnte, 50 Stockwerke

und mehr hoch zu bauen. Hochhäuser waren in Amerika auch nur dann wirtschaftlich, wenn eine oder mehrere Großfirmen durch die Konzentration ihrer Bureauen in einem Gebäude dadurch tageswöchliche Verbilligungen und Vereinfachungen des Geschäftsganges herbeiführen konnten, die die Baubereuerung wieder aufwogen. In Deutschland haben wir heute nicht allein mit der absoluten Verteuerung der Baukosten zu rechnen, die über das vierte Stodwert hinaus in aufsteigender Linie zunimmt, sondern auch mit der Konkurrenz der verhältnismäßig gering über den Friedenswert hinaus gesteigerten Bureauumite in den bestehenden Bureauhäusern.

Können wir uns heute den Luxus der Hochhäuser leisten? Rechnen die Architekten mit der Tatsache, daß bei der gegenwärtigen Knappheit an Baustoffen ein Hochhaus, das Hunderte von Millionen Mark kostet, im Bau stillgelegt werden muß, wenn das Eisen, wenn der Zement oder wenn andere Baustoffe nicht zu beschaffen sind? Hundert Millionen in einem halberfertigen Bau zu investieren und diesen der Gefahr der Stilllegung auszuweichen, ist weit aus gefährlicher, als je ein oder zwei Millionen Mark in 50 oder 100 Flachbauten zu stecken, die nacheinander ohne besondere Mühen und Störungen fertiggestellt werden können.

Rechnen die Architekten mit der Tatsache, daß für den Betrieb eines Hochhauses ganz besondere maschinelle Einrichtungen gebaut werden müssen, daß jedes Hochhaus sein eigenes Wasserwerk, kostspielige Aufzugsanlagen und gegenüber dem Flachbau unrentable Heizungsanlagen besitzen und besonders erschwerte Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit erfüllen muß? Haben sich die Architekten ein Bild davon gemacht, daß jede Gesellschaft, die Kapital in einem Hochhaus auf Rentabilität hin anlegt, unter Staatskontrolle gestellt werden müßte, weil eine Besserung unserer Verhältnisse die Hypotheken des Turmbaus zu erheblichem Teil ohne Gegenwert lassen könnte?

Die Architekten träumen, sie träumen aber gut, und das ist das Erfreulichste an den Werken einiger Architekten, daß wir ihre künstlerische Arbeit hoch einschätzen müssen, wenn wir auch ihre wirtschaftliche Ineffizienz bedauern. Das Bureauhaus für Düsseldorf von den Architekten Breter und Bar ist ein prachtvoller Bau, neben dem das danebenstehende Warenhaus wie das Werk eines unfähigen Unternehmers anmutet. Was ist es, das uns bei diesem Entwurf so aufpassen läßt? Die fast restlose Ueberereinstimmung von Form und Inhalt, der wahrhaftige Zug, der durch das ganze Werk geht. Niemand, der dieses Werk sieht, wird sich im Zweifel darüber sein, was es darstellt. Es hat ein ehrliches, ein einfaches und in seiner Einfachheit und Ehrlichkeit ein verehrungswürdiges Gesicht. Man sehe diesem Gesicht die üblichen Bankbauten entgegen und vergewöhnliche sich das tägliche geschäftliche Leben und Arbeiten in einer solchen Bank, und man wird dann die Fassade aus alter Königszeit herunterreißen wollen, um dem Bau seine innere Wahrheit wiederzugeben. Die Architekten vergangener Zeiten haben das Volk mit dem Krinmstrams und Säulenschmuck der Mietskasernen belogen. Gätten sie die übereinandergehängten Wohnräume der Konstruktion und der Wahrheit entsprechend gehandelt, dann wäre das Volk schon rein äußerlich durch das kostenartige Ueberereinanderbestimmen von Wohnstätten angezogen worden. Ein wirkliches Sein können wir uns nur mit dem Boden verwaschen vorstellen. Die Architekten haben das Volk auch mit ihren modernen Rathausfassaden betrogen. Was ist ein Rathaus? „Ein Silo für Arbeit und Wohlwollen“, so sagte ein Architekt ganz richtig. Heute noch sehen wir moderne Rathaus in der Form italienischer Paläste entstehen. Der Fassadbau hatte in den letzten Jahren schon mehr Ehrlichkeit in der Form aufzuweisen.

In der Form des Hochhauses, dieser noch nicht dagewesenen Bauaufgabe, brach der Wille zur baulichen Ehrlichkeit mit spontaner Gewalt durch. Von Kleinigkeiten abgesehen, ist das Gesicht dieser Hochbauten fast überall das gleiche, wie ein zweites Beispiel, das Bureauhaus des Breslauer Stadtbauamts Berg, zeigt, das ebenfalls unter die Leistungen höchst achtbaren künstlerischen Könnens eingereiht werden muß. Auch hier spricht mit seinem Werk ein Architekt zu uns, der sich von der Aufgabe gedrängt, zu einer neuen Formgebung entschließt und, über der Aufgabe stehend, mit leichter Hand Beton, Eisen und Glas zu einem Denkmal unserer Zeit werden läßt. Und darauf kommt es an! In allem, was wir tun, wahrhaftig sein, das ist eine Vorbedingung künstlerischen Schaffens.

Weil aber die Turmbauten die wirtschaftliche Wahrheit unserer Zeit nicht zum Ausdruck bringen, weil diese Bauten nicht verwirklichungsreif sind, gerade darum empfinden wir sie so wenig zu uns gehörig, und darum bedauern wir, daß soviel Kraft und Geist in Pläne gesteckt werden, die unserm Volk nichts nützen.

Zur Ausscherrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat Veranlassung genommen, einen besonderen Schlichtungsausschuß einzusetzen, der durch einen Schiedspruch den für die Allgemeinheit äußerst schädlichen Kampf beenden sollte. Ueber die Zusammenziehung des Schlichtungsausschusses und über den gefällten Spruch gibt nachstehendes Protokoll Aufschluß.

Berlin, den 3. Mai 1922.

Der zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Bauwesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vom Reichsarbeitsministerium gemäß § 22 Absatz 2 der Verordnung vom 22. Dezember 1918 eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 3. Mai 1922 unter Mitwirkung der Herren

Dr. Dieß, Referent im Reichsarbeitsministerium, als Vorsitzender, Dr. Grundmann, Dr. Schöne, Ziegler, als Arbeitgebervertreter, Gde, Köpfer, Wiebeberg, als Arbeitnehmervertreter, folgenden Schiedspruch einstimmig gefaßt:

1. Die seit dem 6. März 1922 geltenden Stundenlöhne der in den Tarifverträgen für das Hoch-, Tiefbau- und Betonwerke genannten Arbeitergruppen werden mit Rückwirkung vom 20. April 1922 an einschließlich erhöht für Facharbeiter auf 22,70 M, für Bauhilfsarbeiter auf 21,90 M, für Tiefbauarbeiter auf 20,70 M.

2. Alle Kampfmaßnahmen sind unterzählig, spätestens bis zum 6. Mai einschließlich, aufzuheben. Maßregelungen haben zu unterbleiben. Die Arbeit ist einschließlich am 8. Mai wieder aufzunehmen. Soweit die am Kampfe beteiligten Arbeiter in der Zeit vom 20. April an gearbeitet haben, haben sie Anspruch auf entsprechende Nachzahlung der unter 1. genannten Lohnsätze, sofern sie bis zum 13. Mai einschließlich in ihrer Arbeitsverhältnisse wieder zurückgeführt sind.

3. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit werden die unter 1. genannten Stundenlöhne erhöht für Facharbeiter auf 27 M, für Bauhilfsarbeiter auf 26 M, für Tiefbauarbeiter auf 25,70 M.

4. Die Löhne der übrigen im Lohn- und Arbeitsstufungsausschuß aufgeführten Arbeitergruppen sind auf Grund des bisherigen Verhältnisses den neuen Lohnsätzen anzupassen.

5. Die Lohnsätze unter 3. gelten bis zum 5. Juni 1922. Spätestens am 8. Juni sollen die Parteien wegen etwaiger neuer Lohnsätze verhandeln.

gez. Dr. Dieß.
gez. Dr. Grundmann. gez. Heinrich Gde.
" Dr. Schöne. " Albert Köpfer.
" Ziegler. " Jos. Wiebeberg.

Der Kampf in der Metallindustrie.

In der Metallindustrie Süddeutschlands tobt seit 10 Wochen ein Kampf, der die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands angeht. Es handelt sich um die Abwehr einer von der Unternehmerorganisation geforderten Verkürzung der tariflichen sechsundvierzigstündigen Arbeitswoche. Die Arbeiterschaft erwidert in der Forderung der Unternehmers, die bisher tariflich festgelegte Arbeitszeit zu verlängern, einen Angriff gegen den Achtstundentag. Sie hat den Kampf gegen dieses Verlangen entschlossen aufgenommen und bisher mit Beharrlichkeit und Opferwilligkeit durchgeführt.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. Mai zu diesem Kampfe Stellung genommen. Er erkennt die große Bedeutung dieses Kampfes für die gesamte Arbeiterschaft und spricht den im Kampfe stehenden Arbeitern seine volle Sympathie aus. In der Erwartung, daß die Kämpfenden in ihrem Widerstand nicht erlahmen, beschließt der Bundesausschuß, die Gewerkschaftsvorstände aufzufordern, ungenügend als erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Kampf in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen und die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Als erste dieser Maßnahmen beschließt der Bundesausschuß, daß die von der letzten Ausschusssitzung für die Dänemarksche Beiträge von 5 M für jedes männliche und 3 M für jedes weibliche Mitglied, soweit das nicht schon geschehen ist, nunmehr zu erheben und an die Bundeskasse abzuführen, um diese Mittel für den süddeutschen Kampf zu verwenden.

Der Vorstand des Afa-Bundes erklärt, daß er dieser Solidaritätsklärung in den beiden ersten Absätzen vollständig zustimmt. Zu der materiellen Unterstützung werde der Afa-Bund demnächst Stellung nehmen und auch in dieser Frage seine Solidarität betonen.

Der Vorstand unseres Verbandes hat beschlossen, dem Verbandsrat in Leipzig einen Antrag vorzulegen, nach dem von jedem unserer Kollegen zunächst ein Sonderbeitrag von 5 M für die kämpfenden Metallarbeiter zu zahlen ist. Es wird wohl niemand bezweifeln, daß dieser Antrag angenommen wird. Ein besonderes Ergehen an unsere Mitglieder, die Metallarbeiter in ihrem Kampfe, der auch unser Kampf ist, zu unterstützen, dürfte nicht weiter nötig sein.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Kollege Philipp Gerbert, Darmstadt, in Nr. 18 des „Grundstein“ einen Protest gegen die Mißhandlung des Achtstundentages. Wir stimmen ihm darin vollständig bei. Seine Ausführungen könnten jedoch dazu beitragen, das Rheinland dem einen oder andern Leser als ein wildes Land erscheinen zu lassen, wo der Achtstundentag kaum noch gilt. Kollege Gerbert wird deshalb gebeten, der Bezirksleitung, oder noch besser, den in Frage kommenden Vereinsvorständen mitzuteilen, an welchem Ort, und wenn möglich, bei welcher Firma im Rheinland 10, 11 und noch mehr Stunden täglich und außerdem noch Sonntags gearbeitet wird. Wenn wir wissen, wo dies geschieht, dann können unsere in Betracht kommenden Vereine der Sache auf den Grund gehen und solche gräulichen Mißhandlungen befehlen. Im Rheinland besteht, wie überall, die Möglichkeit, daß hier und da ohne Wissen der Organisationsleitung der Achtstundentag übertreten wird; aber trotz des großen Zugewinns von auswärts genügt nicht mehr als anderswo. Wir haben jedoch im rheinischen Bezirk keinen Verein und keinen Vereinsvorstand, der nicht bereit wäre, nachdrücklich gegen derartige Mißstände einzuschreiten und sie zu befehlen. Dies kann allerdings nur geschehen, wenn man weiß, wo die Mißstände zu suchen sind. Aus diesem Grunde bitten wir, die betreffenden Vereinsvorstände sofort zu unterrichten. G. F., Köln.

Arbeitsmarkt.

Marmorfleiser und Einleger auf Kunsstnarmor gesucht zum sofortigen Eintritt. Angebote an Marmorwerk Dur-lach i. Baden, Göttinger Straße 1, U. G. a. n. t. e. r.

Das Baugeschäft Marx in Greinberg a. Rh. Pommernt sucht für sofortige Einstellung und dauernde Arbeit 6 bis 8 unverheiratete Maurer.

In Meerane i. Sachsen werden 20 bis 30 Maurer gesucht. Der Stundenlohn beträgt 23,40 M. Meldungen an den Vereinskassierer Louis Fiedler, Talstr. 37, 2. St.

Der Bau- und Siedlungsverein Osdersleben a. d. Bode, G. m. b. H., sucht mehrere tüchtige Maurer bei gutem Lohn. Meldungen an den Geschäftsführer H. Ammann, Halberstädter Straße 71, 2. St.

20 Maurer sucht das Baugeschäft Ludwig Heidtmann in Mostock.

Die Bauhütte Osthüringen, Zweigstelle Schmöln, sucht 10 bis 15 Maurer für dauernde Beschäftigung, Stundenlohn 23,50 M. Zu melden Schmöln, Weststraße 25. Die Bauhütte hat schon größere Aufträge zurückweisen müssen, weil es ihr an Maurern fehle. Für die Stadt hat sie 52 Wohnungen zu erbauen. Arbeitsuchende Maurer werden gebeten, sich zu melden, damit für Unterkunft gesorgt werden kann.

Das Baugeschäft von Gust. Sänge in Schverin stellt sofort 10 bis 12 Maurer ein. Bessere Beschäftigung. Meldung im Vereinsbureau, Grenadierstr. 2.

In Wollfen B. Witterfeld stellt die Firma Carl Zingel 20 bis 20 Maurer ein. Stundenlohn 23 M. Unterkunft unentgeltlich. Reise wird vergütet. Meldungen beim Betriebsratsvorsitzenden Friß Wintemüller, Amfinsabrik, Wörner 4.

Unter denselben Bedingungen stellt auch die Firma Feld & Franke 20 Maurer ein. Zu melden beim Betriebsratsvorsitzenden Ernst Webel, Amfinsabrik, Wörner 5.

Berichte.

Bezirk Karlsruhe. Für den Unterbadischen Bezirk ist am 27. April für alle Gruppen eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 5 M vereinbart worden, desgleichen für die Pfalz am 28. April in den Lohngruppen I und II um 5 M, in der Lohngruppe III um 3,25 M. In den Städten Birmensfeld, Weidbrunn, Kaiserslautern, Randsbühl und Kusel erhalten die gelehrten Arbeiter eine Grenzzulage von 7 M für die Stunde. — Für Mittel- und Oberbaden haben die Verhandlungen am 3. Mai für gelehrte Arbeiter eine Zulage zum Stundenlohn von 5 M, für Hilfsarbeiter von 4,75 M ergeben. Jugendliche Arbeiter erhalten bis zum 15. Lebensjahre 30 vom Hundert, bis zum 16. 40 vom Hundert, bis zum 17. 60 vom Hundert, bis zum 18. 80 vom Hundert und bis zum 19. Lebensjahre 90 vom Hundert des Hilfsarbeiterlohnes.

Wetzlar. Am 23. April beschlossen die hiesigen Kollegen in ihrer Mitgliederversammlung, zugunsten der kämpfenden Metallarbeiter 2000 M aus der Kassa zu geben, die dadurch wieder eingekauft werden sollen, daß jedes Mitglied 10 M beiträgt. Daunter der Metallarbeiterkreis länger als bis 30. April, so geht jedes unserer Mitglieder wöchentlich 5 M an die Streikenden. Den hiesigen Bauunternehmern wurde eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 5 M eingereicht.

Bau-Wertmeister.

Wie werden die Tarifverträge der Poliere und Schachtmeister am besten durchgeführt? Bei den Polieren und Schachtmeistern besteht der Wille, daß auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt und in Form von Tarifverträgen festgelegt werden. Der Wunsch mag in den Kreisen dieser Berufsgruppe wohl immer bestanden haben, doch hat er erst jetzt Form angenommen nach der Revolution, als der Drang, sich den Unternehmern gegenüber als Gleichberechtigte zu zeigen, vorherrschend wurde. Wir müssen uns einmal fragen, ob dieser Wille heute noch so stark vorhanden ist wie dazumal. Und dann müssen wir antworten, daß dies nicht mehr der Fall ist. Viele Poliere und Schachtmeister sind wieder in den alten Schlandrian verfallen. Bei vielen ist die Selbstsicht stärker als die Einigkeit, daß gesunde und menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden müssen.

Als im Jahre 1919 der Deutsche Polierbund den ersten Reichstagsantrag für Poliere (nicht auch für Schachtmeister) abgeschloffen hatte, konnte man voller Erwartung sein; denn es war damit der Anfang gemacht, für Poliere geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Es war in dem Vertrag vorgesehen, daß sich die Entlohnung für die Poliere prozentual auf den Lohn der Gesellen aufbauen sollte, indem für Städte unter 50 000 Einwohner 15%, über 50 000 Einwohner 20% und über 100 000 Einwohner 25% die Bezugszahl von Lebenslöhnen, Wertschöpfungsleistung und Kleinaußergewährung vorgegeben. Wenn das, was damals festgelegt war, auch nicht allen Wünschen entsprach, so war doch eine Grundlage geschaffen, auf die in Zukunft aufgebaut werden konnte. Was haben aber die Poliere getan? Gaben sie beruht, an der Hand dieses Reichstagsantrages ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen gut zu gestalten? Nein! Nur ein kleiner Teil der Poliere hat die Ertragsgestaltung ausgenutzt. In den meisten Fällen ist es bei dem Willen geblieben und getan wurde nichts. Der Polierbund selber hat erklären müssen, daß nur 30% seiner Mitglieder auf Grund der Bedingungen des Reichstagsantrages gearbeitet haben. Die Folgen machten sich auch beim Abschluß des Tarifvertrages für das Jahr 1920 bemerkbar. Wegen der Wichtigkeit der Poliere war der Polierbund gezwungen, einem schlechteren als dem ersten Reichstagsantrag zuzustimmen. In diesem Tarifvertrag war eine zentrale Grundlage für die Entlohnung überhaupt nicht vorhanden; es blieb den Bezirken überlassen, diese zu regeln. Es wurden Bezirks-Tarifverträge abgeschlossen, die im Durchschnitt noch schlechter waren als die vorhergehenden. Wie die Poliere die Kleinaußergewährung behandelt haben, wollen wir gar nicht anführen. So kann es natürlich nicht weitergehen. Wenn Poliere und Schachtmeister wollen, daß sie überhaupt ernst genommen werden wollen. Da der Wille besteht, daß für Poliere und Schachtmeister Tarifverträge geschaffen werden sollen, so müssen sie auch für die Durchführung eintreten. Wenn diese Einsicht gekommen ist, dann wird sich jeder Polier

und Schachtmeister die Frage vorlegen: Wie wird die Durchführung unserer Verträge am besten und sichersten erreicht? Vor allem durch eine starke einheitliche Organisation, in der jeder nach besten Kräften mitarbeitet, die in allen Orten unseres Vaterlandes vertreten ist. Heute sind Poliere und Schachtmeister auf 7 oder 8 verschiedene Organisationen verteilt, von denen jede behauptet, daß sie die Interessen der Poliere und Schachtmeister am wirksamsten vertreten kann. Würde jeder Berufscolleg die Organisationszugehörigkeit von rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachten, dann würde die Einheit bald erreicht sein. Aber so wird diese Angelegenheit vom Gesicht des Standesbewußtseins aus geteilt und es entstehen die widersprechendsten Ansichten.

Bisher hat der Deutsche Polierbund für sich allein den Anspruch erhoben, Tarifverträge für die Poliere abzu-schließen; er ist aber durch praktische Erfahrung an der Ansicht gekommen, daß dies auf die Dauer unhaltbar ist und hat sich nun entschlossen, mit den übrigen Bauarbeiterver-

Am 20. Mai ist der 20. Beitrag fällig.

bänden eine Tarifgemeinschaft zu bilden. Wenn man nun doch schon zu dieser Erkenntnis gekommen ist, dann sollte man sich nicht der Ansicht verschließen, daß nun auch etwas Grundlegendes in der Umgestaltung der Organisationsform geschehen müsse; aber leider scheint hier noch keine Besserung eingetreten zu sein; denn auf dem letzten Bundestage des Polierbundes ist eine eigenartige Ansicht über die Einheitsorganisation im Baugewerbe zutage gefördert worden. An Hand der bis jetzt gemachten Erfahrung sieht sich, daß eine besondere Organisation der Poliere und Schachtmeister ohne Anschlag auf die Bauarbeiter gar nicht die Kraft hat, die Tarifverträge voll zur Durchführung zu bringen, da heute nur in wenigen Städten und Orten genügend starke Organisationen geschaffen werden können. Der Deutsche Polierbund hat nach seiner letzten Auffassung 318 Vereine im Deutschen Reich, der Deutsche Bauarbeiterverband dagegen 753 Bezirksvereine. Es ergibt sich, daß der Polierbund in 435 Orten nicht vertreten ist. In diesen 435 Orten sind aber doch auch Poliere und Schachtmeister. Wer tritt nun in diesen Orten für die Durchführung der Tarifverträge ein? Gewiß könnte dies von den Bezirksleitern und Gruppenführern geschehen; aber das ist nicht wirklich geschehen kann, dafür zeugen die eigenen Befennnisse der Bundesleitung. Wenn aber die Poliere und Schachtmeister in der Reichs-fachgruppe der Bau-Wertmeister des Baugewerksbundes als selbständiger Verband zusammengeschlossen wären, dann hätten sie nicht nur die Möglichkeit, sondern die Gewissheit in allen Orten, auch ihre Tarifverträge reiflos durchgeführt zu gehen. Über alle diese praktischen Vorschläge und auch die eigene Erkenntnis bleiben bei den Leitern der Sonderorganisations unberücksichtigt. Darum, Poliere und Schachtmeister, die ihr des ehelichen und festen Willens seid, gesunde Lohn- und Arbeitsbedingungen für Euch zu schaffen, denen es darum zu tun ist, daß das einmal Geschaffene auch durch-gesetzt wird, macht Euch frei von den falschen Voraussetzungen! Gabt Vertrauen zum Baugewerksbund, der die Einheitsorganisation im Baugewerbe bedeutet, zum Nutzen aller im Baugewerbe gegen Lohn oder Gehalt tätigen Personen! H. P.

Gipser und Stukkateure.

Berlin. Das am 28. April mit der freien Vereinigung der Inhaber von Wildhauer- und Stuckgeschäftern und dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin vereinbarte Lohnabkommen wurde von den Vertragsparteien angenommen und ist damit am 1. Mai in Kraft getreten. Es hat folgenden Inhalt:

1. Der Stundenlohn der Stukkateure, Kalksäger, Rabitz- und Zementstrichputzer sowie Plattenleger und der Mindestlohn der Wildhauer erhöht sich in Zukunft ohne weiteres mit dem Lohn der Maurer. Er soll stets 20 vom Hundert höher sein als dieser. — 2. Der Stundenlohn der Rabitzspanner soll stets um 50%, der Stundenlohn der Träger stets um 80% niedriger sein als der Stundenlohn der Rabitzputzer. — 3. Der Stundenlohn der Hilfsarbeiter soll dem Lohn der Maurer gleichstehen. — 4. In der für Wildhauer, Stukkateure, Rabitzputzer und Spanner zu 1. und 2. getroffenen Regelung ist eine Werkzeugentgeltabgabe von 30% enthalten. 5. Die tägliche Mindestauslohnung wird auf das Zweifache des Stundenlohnes festgesetzt. — 6. Von dem Abkommen zu 1. bis 5. soll jede Vertragspartei zurücktreten können, sobald dieser Rücktritt von den Mitgliedern der Partei beschlossen wird. Der Rücktritt ist 14 Tage vor Ablauf eines Lohnabkommens der anderen Vertragspartei anzeigen. — 7. Auf Grund vorstehender Vereinbarung werden mit Wirkung vom 1. Mai an folgende Löhne festgesetzt: für Wildhauer (Mindestlohn) 31,20 M., Stukkateure, Kalksäger, Rabitz- und Zementstrichputzer sowie Plattenleger 31,20 M., Rabitzspanner 30,70 M., Träger 30,40 M., Hilfsarbeiter 26 M. — 8. Der Wochenlohn der Lehrlinge beträgt vom 1. Mai an im ersten Lehrjahre 160 M., im zweiten 260 M., im dritten Lehrjahre 360 M. und soll sich künftig in demselben Verhältnis ändern wie der Lohn der Stukkateure.

Stolierer und Steinholzleger.

Den Steinholzlegern in Rheinland und Westfalen zur Kenntnis, daß vom 14. April an der Stundenlohn eines Belegers = Maurerlohn 25 M + 10% = 27,50 M., der eines Helfers = Maurerlohn 25 M + 5% = 26,25 M. und der eines Hilfsarbeiters = Maurerlohn 25 M ist. Die Auslöschungssätze betragen bei einer Entfernung von 3 bis 9 km vom St. der Firma 1 Stundenlohn = 27,50 M., von 9 bis 20 km 2 Stundenlöhne = 55 M., über 20 km 3 1/2 Stundenlöhne = 96,25 M. Diese Sätze beziehen sich für Leger, Helfer und Hilfsarbeiter. Wir erlauben die Berufscollegen, in den Bezirken darauf zu achten, daß die obigen Sätze vom 14. April an gegolten werden. Wo dies nicht geschieht, bitten wir, den zuständigen

Organisationsleitungen sofort Meldung zu machen. — Da in den letzten Tagen durch Schiedspruch der Maurerlohn auf 27 M erhöht wurde, ändern sich demnach auch die vorgenannten Sätze für Lohn und Auslösung in gleichem Maße.

Jugendabteilung.

Süderleben. Unsere Jugendgruppe hatte am 11. April eine Versammlung, in der folgendes zur Sprache kam: Im Vorjahre erklärten uns die hiesigen Unternehmer, daß der Lohn der Lehrlinge stets verhältnismäßig mit dem Lohn der Gesellen erhöht werden solle. Nun ergab unsere Umfrage, daß ein im zweiten Lehrjahre stehender junger Kollege nur 3,10 M Stundenlohn bekomme. Seine Lehrkollegen sagten ihm, er müsse 4,50 M bekommen. Das war richtig. Es wurde aber dem Unternehmer durch einen Zuträger mitgeteilt, daß darüber in der Versammlung gesprochen worden war. Als der betreffende Lehrling nun nach einigen Tagen Krankheit wieder zur Arbeit kam, wollte ihn der Meister nicht wieder einstellen. Der Kollege schickte ihn von der Baustelle wieder nach Hause, mit der Bemerkung, er solle erst eine Weisung bringen, daß er die Worte, die er in der Versammlung sagte, zurücknehme, und daß er den richtigen Lohn bekomme. Der Unternehmer sagte dem Lehrling, er habe im Verband und in Versammlungen noch nichts zu suchen; auch sollte er nachstehendes Schriftstück unterzeichnen, wenn er wieder eingestellt werden sein wolle:

„Süderleben, den 20. 4. 22.

Ich, Unterzeichneter, Maurerlehrling erkläre hiermit, daß ich in der am 11. April 1922 stattgefundenen öffentlichen Versammlung des hiesigen Bauarbeiterverbandes gesagt habe, ich habe von meinem Lehrmeister Willkür gesprochen zu wenig Lohn erhalten. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich die Unwahrheit gesagt habe. Ferner verpflichte ich mich, in der nächsten öffentlichen Versammlung des hiesigen Bauarbeiterverbandes Vorstehendes laut vorzulesen und mit Bedauern die Äußerung zurückzunehmen.“

Nun hatte in der Tat der Unternehmer den richtigen Lohn gezahlt, aber nur für die letzten beiden Tage, den der Lehrling noch zu bekommen hatte. Soviel uns bekannt ist, geht er auch nie in Lohn-tafeln aus, so daß jeder erst lange nachrechnen muß, wieviel die Abzüge betragen, um den gezahlten Lohn zu erkunden. Nach unserer Meinung ist es not, daß die in dem Geschäft arbeitenden älteren Kollegen sich einmal ernstlich der Sache annehmen und ihrem jungen Kollegen beistehen.

Vom Bau.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Werte Kollegen! In der Zeit vom 15. Juni bis zum 15. Juli dieses Jahres soll möglichst in allen Orten, wo eine bemerkenswerte Bautätigkeit besteht, eine Kontrolle der Bauten (Sommerkontrolle) nach einem Fragebogen der Sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgenommen werden. Dabei ist zu beachten, daß für jeden Drei-Tagenbau ein solcher Fragebogen auszufüllen ist. Für den Kleinwohnungs- oder Siedlungs-Bau sind mehrere Bauten (Automplex) als ein Bau (Einheit) aufzufassen. Nach einer Mitteilung an den Unterzeichneter über die benötigte Zahl stellt die sozialpolitische Abteilung den Vertrauenspersonen diese Fragebogen mit einigen Zusammenstellungsbogen unentgeltlich zu. Ein Zusammenstellungsbogen muß, ausgefüllt mit dem Ergebnis der Erhebungen, dem Unterzeichneter zurückgeschickt werden.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

(Sozialpolitische Abteilung.)

F. A. G. Feinke, Berlin SO 16, Engelauer 24, 4. St.

Bücher und Schriften.

Was ist eine Bilanz? Eine Erklärung des Wesens und des Aufbaues einer Bilanz an Hand zahlreicher Beispiele von Paul Koske. Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ein kleines, aber in der jetzigen Zeit für viele unserer Kollegen (Waubeleger, Genossenschaftsmitglieder) ein wertvolles Hilfsmittel, dessen Anschaffung wir ihnen empfehlen.

Wichtiges Deutsch. Zeitschrift zur Pflege und Vertiefung der deutschen Sprache. Preis Einzelnummer 2 M., vierteljährlich 4,50 M. Monatlich erscheint eine Nummer. Verlag Scherrot, Berlin C2, Burgstraße 20. Niemand muß sich mehr Mühen machen, wenn er die Muttersprache und ihr hehreres dagegen. Diese kleine Zeitschrift hat sich die Aufgabe gestellt, die Mühsalungen zu vermeiden. Schon dieser edle Zweck macht den Wert empfehlenswert.

Briefkasten.

Hollandfahrer. Kollege Bernhard Landgraf teilt uns aus Zwolle in Holland mit, daß sein in Nr. 16 des „Grundstein“ veröffentlichter Brief ihm eine derartige Flut von Zuschriften eingetragen habe, daß es ihm unmöglich sei, sie zu beantworten. Er schreibt uns deshalb, es sei zwecklos, wegen Arbeitslosigkeit bei ihm oder der Organisation aufzugeben, da es in Zwolle keine Arbeitsgelegenheit für Ausländer mehr gebe. In andern größeren Städten sei es vielleicht noch möglich, durch Vermittlung Bekannter Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Unter keinen Umständen dürfe das Schreiben Landgrafs so aufzufassen sein, als ob in Holland allgemein Bauarbeitermangel herrsche.

Demgegenüber können wir unsern Kollegen nur zu größerer Vorlicht raten. Zuverlässige Auskünfte dürften ihnen nur der Holländische Bauarbeiterverband, Amsterdam, Westende 17, geben können.

